

SPD

REDE
KLAUS WOWEREIT

***REGIERENDER BÜRGERMEISTER VON BERLIN,
SPD-SPITZENKANDIDAT FÜR DIE BERLINWAHL 2011
VOM LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 13.05.2011***

***STOLZ AUF
BERLIN.***

Ach, ist das schön. Jetzt weiß ich auch, warum Nominierungsparteitage so wunderbar sind. Nicht jeder Parteitag ist ganz so stark, aber ich erlebe das jetzt zum dritten Mal. Ich nehme an, das ist auch mit ein Grund, warum ich das so gerne mache.

Liebe Genossinnen und Genossen, herzlich willkommen von meiner Seite. Ich freue mich, dass wir in dieser wunderschönen Halle, die die Vergangenheit und die Zukunft gleichermaßen repräsentiert, zum Nominierungsparteitag zusammengekommen sind. Ich möchte am Anfang Olaf Scholz recht herzlich Dank sagen und noch mal meinen herzlichen Glückwunsch zu seiner fulminanten Wahl zum Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg aussprechen.

Ich möchte ihm sagen, dass das für die Sozialdemokratie wichtig war, aber dass es vor allen Dingen für die Hamburgerinnen und Hamburger wichtig war, dass sie endlich eine vernünftige Regierung bekommen haben. Du stehst dafür, dass sich diese große Stadt in eine bessere Zukunft entwickeln wird. Sie hat eine bessere Zukunft verdient, als es unter der alten Regierung bislang der Fall war.

Ich möchte an dieser Stelle auch Dank sagen für die Solidarität, die du zeigst, aber vor allen Dingen auch Dank sagen für die Arbeit, die du als der zuständige Bundesminister in der Bundesregierung geleistet hast, als es darum ging, die richtigen Antworten zu finden, um gegen diese fürchterliche Finanzkrise zu intervenieren. Dank deiner aktiven Arbeitsmarktpolitik ist es gelungen, dass wir heute so gut dastehen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht entlassen worden sind, sondern durch entsprechende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ihren Job behalten haben.

Berlin und Hamburg sind Konkurrenten in vielen Punkten. Wer will das bestreiten? Aber das wird ein ganz fairer Wettbewerb sein. Und ich sehe sehr viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit und freue mich auf diese Zusammenarbeit. Ein bisschen mit schwerem Herzen, aber doch aus Überzeugung haben wir dir schon mal einen Vorschuss geleistet. Barbara Kisseler ist die Kultursenatorin in Hamburg. Das tut Berlin weh, aber es ist ein großer Gewinn für Hamburg. Ich bin sicher, du hast die richtige Wahl getroffen. Alles Gute für eine aktive, auch für eine bessere Kulturpolitik für Hamburg.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Halle ist mit großen Tafeln und Aussagen dekoriert worden, auf die ich stolz bin und auf die wir alle stolz sein können. Der Film hat eben deutlich gemacht, was das bedeutet: Wirtschaft auf Wachstumskurs, über 100.000 neue Arbeitsplätze seit 2006, mehr als 20 Mio. Übernachtungen im Jahr, über 16.000 neue Kita-Plätze, gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni, Zugang zum Abitur auf jeder Oberschule, Erfolgsmodell engagierte Stadtteilmütter, Hunderttausende von ehrenamtlichen

Helferinnen und Helfern, die tagtäglich ihre Arbeit leisten, und 190 Nationalitäten in einer Stadt. Und wir sind eine Stadt und wir wollen eine Stadt sein für alle Menschen in dieser Stadt. Dafür steht die Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

Es könnten noch mehr Tafeln sein aus unserer erfolgreichen Leistungsbilanz der letzten 10 Jahre. Die Tafeln und Sätze repräsentieren einen Teil dieser erfolgreichen Arbeit, die diese Stadt positiv, erfolgreich und vor allen Dingen auch nachhaltig verändert hat.

Für eine Arbeit, die sich am Gesamtinteresse einer solidarischen und gerechten Politik für die ganze Stadt und für alle Menschen ausrichtet, stehen die Berliner SPD und ich als Regierender Bürgermeister. Und wir haben allen Grund, auf unsere Leistung stolz zu sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Und wir haben allen Grund, auf die Berlinerinnen und Berliner stolz zu sein, die tagtäglich daran arbeiten, dass unsere wunderbare Stadt noch schöner wird. Es ist das Verdienst der Bürgerinnen und Bürger, die an diese Stadt glauben, die wissen, was sie an dieser Stadt haben und die sich zu dieser Stadt bekennen. Darauf sind wir stolz, liebe Genossinnen und Genossen.

Am 18. September haben die Berlinerinnen und Berliner die Wahl. Wie man das so kennt, sind die nächsten Wahlen immer die wichtigsten Wahlen und natürlich haben sie ganz große Bedeutung, nicht zuletzt für die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien. Aber in der Tat guckt man heute nicht mehr und sagt, *na ja, ne kleine regionale Wahl*, am 18. September nach Berlin. Nein, die ganze Republik schaut auf diese Hauptstadt und nicht nur die Republik, sondern auch das Ausland schaut auf diese Hauptstadt. – Wie geht die Entwicklung weiter? Wie ist diese faszinierende Erfolgsgeschichte? Ist sie zu Ende oder wird sie weiter geschrieben?

Deshalb gibt es ein allgemeines Interesse an der Berliner Wahl weit über das Interesse hier in Berlin hinaus. Das können wir miteinander gestalten, liebe Genossinnen und Genossen. Und dementsprechend wird das sicherlich eine Bedeutung haben, die über Berlin hinaus wichtig ist.

Wahlen sind heute nicht immer ganz einfach. Viele Bürgerinnen und Bürger bleiben der Wahlurne fern. Dies ist eine problematische Entwicklung, obwohl es auch gute Beispiele gibt, wo man den Trend auch umkehren kann. Aber es ist fatal, wenn ganze Heerscharen von Bürgerinnen und Bürgern sich verweigern – aus welchem Grund auch immer –, wenn sie Vertrauen verloren haben in die Demokratie, in das parlamentarische System und sagen, *Parteien, was interessiert uns das, das ist doch alles eine Soße, wir können ja sowieso nichts ändern.*

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger, Sie können direkt etwas verändern, weil, es stimmt nicht, dass die Parteien alle die gleichen Programme haben, alle die gleiche Politik machen. Man kann sich informieren. Man kann herausbekommen, wo die Unterschiede sind. Dann braucht man sich anschließend nach der Wahl nicht zu wundern, wie beim letzten Mal bei der Bundestagswahl, was eine Partei tatsächlich für eine Politik macht. Die haben nämlich vorher dasselbe erzählt und den Mist, den sie anschließend gemacht haben, haben sie tatsächlich vorher angekündigt gehabt. Man hätte es erkennen können. Bürgerinnen und Bürger, informiert euch über die Programme der Parteien!

Wir werden den Wahlkampf nutzen, um deutlich zu machen, wofür die Sozialdemokratie steht. Und wir werden keinen Wahlkampf gegen andere machen. Wir werden einen Wahlkampf für etwas machen, nämlich für die Grundidee der Sozialdemokratie. Die lautet: soziale Gerechtigkeit für alle Menschen in unserer Republik.

Wir stehen dafür, dass wir nach vorne gehen wollen. Wir stehen dafür, dass diese Stadt nicht stillstehen kann. Stillstand ist Rückschritt. Wir unterstützen nicht die Tendenzen, die einige haben, die sagen, wir wollen aus dieser Stadt ein Biotop machen oder *am Besten lassen wir alles, wie es ist, auch wenn es schlecht ist. Nee, was Neues irritiert uns nur. Da kommen doch tatsächlich neue Leute in diese Stadt und die wollen wir nicht.* Liebe Genossinnen und Genossen, das ist keine Politik, die die SPD macht. Wir stehen für Offenheit. Wir stehen für Weiterentwicklung, wir stehen für Veränderung.

Ich bin mit euch zusammen vor 10 Jahren für Veränderung angetreten. Wir können uns noch gut daran erinnern. Am 16. Juni ist eine neue Regierung gewählt worden, aber zur gleichen Zeit war diese Stadt in Unruhe. Es waren die Anzeichen für die Bankenkrise, den Bankenskandal da, obwohl wir damals überhaupt noch gar nicht ahnten, was da alles noch ans Tageslicht kommen würde.

Und diese Stadt war wie unter einer Käseglocke. Viele hatten sich hier eingerichtet. Es war schön. Man wusste, mit wem man zusammenarbeiten musste, mit wem man seine Geschäfte machen konnte. Die Subventionsmentalität, die diese Stadt sowohl in Ost wie West geprägt hat, war so weit verbreitet, dass sich hier nichts mehr bewegte. Man konnte es spüren, dass diese Stadt eine Initiative brauchte, um überhaupt wieder atmen zu können, um weiter zu kommen. Ja, wir haben es geschafft, diese Käseglocke hochzuheben durch die neue Regierungsbildung. Dies war dringend notwendig, liebe Genossinnen und Genossen.

Ja, wir wollten den Mentalitätswechsel haben – auch das war erst mal eine Bedrohung für viele Menschen. Warum soll man sich verändern, wenn man sich doch so wohl fühlt? Aber dieser Mentalitätswechsel war dringend notwendig und wir haben ihn weitestgehend geschafft. Eine Gruppe war allerdings bis heute resistent. Das ist die Opposition. Die hat bis heute den Mentalitätswechsel nicht geschafft. Deshalb sind sie nicht regierungsfähig, liebe Genossinnen und Genossen.

Die Rahmenbedingungen für eine neue Politik waren unendlich schwer. Fünf Milliarden DM Defizit – und viele haben gesagt, *seid ihr denn bescheuert! Da wollt ihr einen Sparkurs, einen Konsolidierungskurs machen? Wozu denn? Wo ist denn die Möglichkeit, das Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Das ist doch eine völlig unmögliche Aufgabe, die da vor euch steht. Da könnt ihr euch nur verbrennen.* – Ja, so sah das aus. Ängstliche hätten das tatsächlich nicht gemacht.

Ein Geheimnis darf ich hier auch mal verraten: In der ganzen zehnjährigen Amtszeit stand selten mal jemand, die Kinder an der Hand, demonstrierend vor meinem Rathaus und sagte: *ihr versündigt euch an der Zukunft, deren Spielraum wird eingeengt*, wenn wir für Milliarden neue Kredite aufnehmen mussten. Damals stand keiner vor meinem Rathaus. Heute demonstrieren wieder welche, aber für die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt und gegen eine Verschuldung zu demonstrieren, das hat es hier noch nicht gegeben. Trotzdem ist es richtig, dass wir uns heute nicht einfach sorglos den Tag schön machen und alles den zukünftigen Generationen überlassen.

Für Sozialdemokraten ist die Haushaltskonsolidierung nicht eine Geißel gegen Interessen, die berechtigt sind, sondern eine Notwendigkeit, damit wir einen handlungsfähigen Staat behalten, liebe Genossinnen und Genossen.

Und wir haben die Wende geschafft. Das war schmerzlich und ging einigen zu langsam, anderen zu schnell. Viele Strukturreformen mussten durchgesetzt werden und wir mussten uns auch von lieb gewordenen Einrichtungen trennen. Es konnte nicht so weitergehen. Dies war schmerzlich, wie immer bei großen Strukturentscheidungen. Wir haben in vielen Bereichen mit erheblichem Widerstand zu kämpfen gehabt, aber ängstliche Politik hätte in der Phase bedeutet, dass sich nichts bewegt hätte.

Es kann nicht angehen, dass Politik ängstlich ist, dass sie opportunistisch ist und dass sie nicht bereit ist, den Bürgerinnen und Bürgern – auch wenn es schmerzt – zu sagen: Hier ist eine richtige Entscheidung getroffen und dazu stehen wir und werfen nicht sofort die Flinte ins Korn, wenn es den ersten Widerstand gibt, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir setzen uns sehr stark für Bürgerbeteiligung ein und haben die Instrumente hierfür in der Verfassung eingeführt, auch wenn sie sich oft gegen uns richten. Das ist ein Prozess, den man auch miteinander lernen muss. Das ist überhaupt nicht einfach, aber erweiterte Bürgerbeteiligung heißt doch nicht, dass Politikerinnen und Politiker sich zurücklehnen, gar nichts mehr machen und die Schaufel wegwerfen, wenn der erste Protest kommt, sondern wirklich mit den Bürgerinnen und Bürgern am besten im Vorfeld von Entscheidungen darüber streiten, was die beste Entscheidung ist, und sie überzeugen. Darum geht es bei aktiver Bürgerbeteiligung, aber nicht um die Abschaffung der Verantwortung von gewählten Politikerinnen und Politikern.

Wir hatten es mit kräftigen Auseinandersetzungen zu tun, auch mit großen Kräften bei Entscheidungen wie Pro-Reli beispielsweise oder Schließung des Flughafens Tempelhof. Das war alles nicht einfach, liebe Genossinnen und Genossen, aber wir haben gestanden. Und die Bürgerinnen und Bürger haben das am Ende mitgetragen. Auch darauf können wir stolz sein.

Wir haben auch große Infrastrukturprojekte auf den Weg gebracht, wie den Flughafen Berlin-Brandenburg International "Willy Brandt" in Schönefeld.

Und die Berlinerinnen und Berliner haben selber Erstaunliches geleistet. Die Geschichte dieser Stadt ist nach dem 9. November 1989 neu geschrieben worden. Anders als in anderen Regionen war hier Erhebliches zu leisten und die Bürgerinnen und Bürger haben vieles an Belastungen hinnehmen müssen. Trotzdem haben die Bürgerinnen und Bürger - aus Ost und aus West - aus Berlin, aus einer geteilten Stadt eine Stadt gemacht. Und die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren diejenigen, die vorangegangen sind bei der Einheit dieser Stadt. Wir haben vereint und nicht gespalten.

Berlin war seit seiner Gründung noch nie eine richtig reiche Stadt. Es gab auch immer reiche Menschen in der Stadt, aber viele Menschen aus dem Volk mussten immer kämpfen. Auch die Goldenen Zwanziger Jahre waren für einige golden, aber nicht für die breite Masse. Die war auch geprägt durch Arbeitslosigkeit, den schlechten Wohnraum, durch miserable Lebensverhältnisse und schlechte Bildung. Aber die Menschen haben aus dieser historischen Chance sehr viel gemacht und diese Chancen auch genutzt.

Heute ist Berlin eine Stadt, die anzieht. Eine Stadt, die lebenswerter als je zuvor geworden ist, die wirtschaftlich erfolgreich ist und gleichzeitig zusammenhält. Dies ist auch das Verdienst von den Mitgliedern des Senats. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle recht herzlich bedanken bei: Ingeborg Junge-Reyer, bei Ehrhart Körting, bei Gisela von der Aue, bei Ulrich Nussbaum, Jürgen Zöllner, André Schmitz und bei den anderen, die dazu beitra-

gen, dass dieser Senat eine hervorragende Arbeit für das Land Berlin macht. Recht herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich sage gleich vorweg für die Chronisten: Das ist jetzt der Dank für alle. Da kann keiner jetzt draus ableiten, dass der eine mehr als der andere gelobt wird, sondern dies ist in der Tat eine Teamarbeit. Die ist hervorragend, dafür vielen Dank!

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, wir lieben dieses Berlin. Wir mögen diese Stadt, ihr Lebensgefühl, ihre leisen und lauten Töne, ihre Impulsivität, manchmal ihre Rohheit und vor allen Dingen auch ihren herben Charme. Der Berliner würde sagen, *da kannst du nicht meckern*. Und ich sage es noch mal: Wir sind ihnen stolz auf unser Berlin.

Neben allen Detailfragen ist ein Wahlkampf natürlich auch immer eine gute Möglichkeit, sich über Leitbilder auseinanderzusetzen, über Gesellschaftsentwürfe und über die Frage, wie sich unsere Gesellschaft bei veränderten Rahmenbedingungen weiterentwickeln soll. Da müssen auch immer wieder neue Antworten gefunden werden und keine Partei hat die Weisheit gefressen und kann sich darauf verlassen, dass irgendetwas, was mal erkannt worden ist, immer eine eherne Position bleiben wird.

Trotzdem gibt es Grundwerte. Die sind unterschiedlich in den Parteien. Selbstverständlich muss eine Bürgergesellschaft entscheiden, wie sie leben will.

Will sie eine solidarische Gesellschaft oder will sie eine egoistische Gesellschaft sein? Die Sozialdemokratie steht für die solidarische Gesellschaft. Dies ist unverrückbar und dies ist einer der größten Grundwerte dieser Sozialdemokratie. Die werden wir immer wieder gegen alle Widerstände verteidigen.

Wir werden aber auch Auseinandersetzungen darüber führen müssen, wie man die Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger überhaupt noch erfüllen kann. Auch unser Wahlprogramm ist nicht gerade frei von Forderungen, von Erwartungen, die dort gesetzt worden sind – Erwartungen, die die Bürgerinnen und Bürger zu Recht an ein aktives Gemeinwesen stellen. Dies ist heute nicht mehr nur eine Erwartung von Menschen, die wenig Einkommen haben, sondern sie geht quer durch alle Gesellschaftsschichten und sie hat unser gesellschaftliches Leben verändert. Dabei haben sich die Herausforderungen und Ansprüche an die öffentliche Hand radikal vermehrt.

Und wenn immer jeder sagt, *ja, mein Thema ist das wichtigste*, findet man schnell eine Mehrheit, aber auch mal zu sagen, wie sortieren wir denn diese Wichtigkeiten, wird's schon ein bisschen schwieriger. Die so genannten „Posteriotäten“, die Christine Bergmann auch immer eingefordert hat, sind manchmal nicht zu finden. Deshalb müssen wir

auch ernsthaft mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber diskutieren: Wer soll eigentlich das Gemeinwesen finanzieren? Letzten Endes wird es aus Steuergeldern finanziert. Da führt kein Weg dran vorbei.

Deshalb gehört es zur Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auch zu sagen, was nicht geht. Selbst wenn jetzt die Steuerschätzung besser war, Ulrich Nussbaum strahlt ja schon ein bisschen, er hat ein bisschen mehr Geld mitgebracht, das ist schön, aber deshalb geht's uns überhaupt noch nicht gut und wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern sagen, es ist noch so viel Neues zu machen, was ihr zu Recht von uns fordert – in der Bildung, in der Sozialpolitik, in anderen Bereichen.

Das bedeutet, dass für Steuersenkung überhaupt kein Platz ist. Und Parteien, die euch das versprechen, lügen sich und den Bürgerinnen und Bürgern was in die Tasche.

Es gibt auch Parteien, die sagen, *Leistung muss sich lohnen und die „Leistungsträger“ müssen steuerlich entlastet werden. Wo kommen wir denn da hin, wenn die Gutverdienenden dauernd immer so viele Steuern zahlen?* – Ja, was ist denn das für ein Gesellschaftsbild? Es sagt vor allen Dingen, dass nur Manager Leistung bringen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine Leistung bringen. Das ist schon mal per se bescheuert, weil wir gesehen haben, wer Unternehmen in die Insolvenz gebracht hat – nicht die Arbeitnehmerinnen und die Gewerkschaften, sondern die Manager, die versagt haben. Da geht's dann aber nur um die Höhe der Abfindung und nicht um Hartz IV.

Deshalb sagen wir, für uns Sozialdemokraten ist selbstverständlich; die, die mehr haben, müssen solidarisch auch mehr geben. Und ob es dem Einzelnen nun passt oder nicht, ein kluger Mensch mit hohem Einkommen akzeptiert dieses Prinzip. So funktioniert eine soziale Marktwirtschaft und eine soziale Gesellschaft – auch in einer hochindustrialisierten Zeit. Wenn das nicht gesichert ist, gibt es soziale Verteilungskämpfe, die keinem nutzen und schon gar nicht einer friedlichen und solidarischen Gesellschaft. Die Sozialdemokratie will deshalb auch eine bessere Steuerpolitik.

Hierbei werden wichtige Fragen zu entscheiden sein: Wie sieht es aus mit öffentlichem Eigentum? Es gibt ja Leute, die sich davon trennen wollen. Die Sozialdemokratie war da auch manchmal ein bisschen schwankend, das müssen wir auch dazu sagen, es gab auch schon mal Zeiten, als bei sozialdemokratischen Kommunen die Privatisierung Hochkonjunktur hatte, mal erfolgreich, mal minder erfolgreich. Wir haben da so unsere Erfahrungen auch miteinander gemacht. Aber ich sage ganz deutlich: Wir bekennen uns zum öffentlichen Eigentum an Wohnungen, an Krankenhäusern, an der BSR, an der BVG und an anderen Betrieben, die lebensnotwendig für die Daseinsvorsorge sind, weil wir eben

auch die Erfahrung gemacht haben, wie es ist, wenn man Teile der Daseinsvorsorge dem reinen Markt überlässt. Nein, wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger vernünftige Leistungen im kommunalen Bereich erhalten.

Da, wo wir in der Vergangenheit Fehler gemacht haben, ja, wir haben Fehler gemacht, das kann man dann auch mal sagen, und wir brechen uns damit keinen einen Zacken aus der Krone, da werden wir sie korrigieren, wo wir es denn können. Auch das muss gemacht werden, aber mit Vernunft und Augenmaß, nicht um jeden Preis und auch nicht zu jedem Preis. Das sage ich an die Investoren, die denken, das Land Berlin ausnehmen zu können. Das wird's mit uns auch nicht geben!. Aber wir wollen beim Thema Wasser wieder mehr mitbestimmen in dem Unternehmen. Deshalb wollen wir mehr Eigentum haben und vor allen Dingen den Konsortialvertrag verändern.

Liebe Genossinnen und Genossen, das Berlin von heute würde nicht so attraktiv sein, wenn wir nicht alles daran gesetzt hätten, unsere Wirtschaft auf Wachstumskurs zu bringen. Jahrelang war die Situation so, dass – wenn in der Bundesrepublik Wachstum da war – in Berlin Null- oder sogar Minuswachstum war. Das hat sich geändert. Gott sei Dank hat sich das geändert. Gerade in Zeiten der Krise war in Berlin die Entwicklung besser als im Rest der Republik.

Ich sage immer in Klammern, *wo nüscht ist, kann auch nüscht weggehen*, so die Zyniker, aber das ist nur die halbe Wahrheit. Wir waren gut aufgestellt, auch in Zeiten der Krise. Und heute sind wir nicht abgekoppelt und die wirtschaftliche Entwicklung kann sich sehen lassen. Auch darauf können wir stolz sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Manche Kritiker werfen dieser Regierung vor, die freue sich daran, wenn Menschen in der Arbeitslosigkeit sind. Welch ein Zynismus! Selbstverständlich freuen wir uns darüber überhaupt nicht, sondern wir wollen, dass alle Arbeitslosen auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Chance haben. Dafür arbeiten wir tagtäglich.

Wir haben die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Alle, auch unabhängige Institute bescheiden uns das: – Wir haben im Bereich der Gesundheitswirtschaft schon Akzente gesetzt, bevor das Thema überhaupt auf der Tagesordnung war. Wir haben in Verkehrstechnologien investiert, in Solar- und Photovoltaik, in IT, in Tourismus und in die Kreativwirtschaft und in andere Bereiche. Die richtigen Schwerpunkte sind da gesetzt worden. Und wir haben auch aufgehört mit der Idiotie des Gegensatzes zwischen Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätzen.

Ich sage hier noch mal ganz deutlich: Jeder Arbeitsplatz ist wichtig in dieser Stadt, ob im industriellen Bereich oder im Dienstleistungsarbeitsbereich.

Aber es ist auch richtig, dass wir vielleicht zu wenig deutlich gemacht haben, dass wir hoch qualifizierte industrielle Arbeitsplätze haben in dieser Stadt, 100.000 zukunftsfähige Arbeitsplätze. Es sollen auch mehr werden. Und ich freue mich, dass wir auch in der industriellen Produktion, auch in der großen Stückproduktion in Berlin Unternehmen haben, die erfolgreich sind, wo in den letzten Jahren die Mutterkonzerne Hunderte von Millionen investiert haben. Es war ein schönes Gefühl in Spandau zu sein, in Spandau zu sein ist immer ein schönes Gefühl, aber beim Motorradwerk bei BMW zu sein. Da konnte das 2-millionste Motorrad in Empfang genommen werden, auch noch für einen guten Zweck. Darauf sind wir stolz. Alle Motorräder, die auf der Welt von BMW unterwegs sind, sind hier aus Spandau, liebe Genossinnen und Genossen. Das wollen wir auch mal deutlich machen.

Wir freuen uns auch, dass Daimler die Entscheidung getroffen hat, dass der Elektromotor in Marienfelde bei Mercedes produziert wird. Auch das ist eine ganz wichtige Standortentscheidung und sie wird auch für die Zukunftsfähigkeit von Mobilität eine wichtige mit Rolle spielen.

Das sollen nur zwei Beispiele von vielen sein, ob das im Bereich der Pharmaindustrie mit Bayer *Healthcare*, wie das heute so heißt – ich kann mich immer noch nicht so ganz dran gewöhnen, Schering wäre mir irgendwie doch noch ein bisschen lieber, trotzdem einer der Großen an diesem Standort Berlin.

Und wir freuen uns, dass mit dem Unternehmen Berlin Chemie auch eine deutsch-deutsche Erfolgsgeschichte geschrieben worden ist. Heute arbeiten mehr Arbeiterinnen und Arbeiter bei Berlin Chemie als zu DDR-Zeiten, auch das ist nicht eine Selbstverständlichkeit, sondern ein Erfolg da draußen in Adlershof.

Und als ich gesagt habe, Tourismus ist für uns wichtig, haben mich viele für verrückt erklärt und gesagt, *na so was Blödes, da braucht er doch nicht werben für Tourismus, ne Stadt wie Berlin wirbt für sich selber*. Diese Haltung hatten wir jahrelang. Nein, wir haben einen Runden Tisch Tourismus gegründet. Und siehe da, alle Player in diesem Bereich haben hochkarätige Vertreter dort hinein geschickt und – immer mit der Leitung des Präsidenten des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes Berlin – jetzt machen wir eine aktive Tourismusförderpolitik. Und die 20 Mio. Übernachtungen sind nicht von alleine gekommen. Sie haben sich verdoppelt seit 2001, von 10 Millionen auf 20 Millionen Übernachtungen, und wir haben 230.000 Arbeitsplätze in dem Bereich und es werden immer noch mehr.

Wir sind da noch nicht am Ende der Entwicklung. Die Luft zu Paris und London ist noch da, aber es war ein riesiger Sprung nach vorne. Wir hatten Anfang der 90er Jahre 36.000 Hotelbetten in Berlin. Heute sind 112.000, Tendenz steigend. Auch das schafft Arbeitsplätze im Baubereich und darüber hinaus, liebe Genossinnen und Genossen, eine riesige Erfolgsgeschichte. Und parallel haben sich die Flughäfen so entwickelt, dass auch die Passagierzahlen auf über 22 Millionen nach oben gegangen sind, auch eine Verdoppelung innerhalb von 10 Jahren, eine riesige Leistung von denjenigen, die das mit bewerkstelligt haben.

Wir erwarten natürlich, dass neben den Prioritäten, die gesetzt worden sind, auch auf neue Entwicklungen reagiert wird. Das tun wir auch. Das Thema Elektromobilität ist bei einigen schon länger auf dem Schirm, aber diese Größenordnung hat es erst jetzt angenommen. Wir wollen Teil der nationalen Plattform sein und wir wollen ein Showroom sein für den Bereich Elektromobilität; im produzierenden Bereich, bei der Entwicklung und bei der Forschung und auch bei der Anwendung. Da kann Berlin erhebliche Impulse leisten. Wir haben eine Agentur gegründet. Wir setzen uns mit allen zusammen. So verstehen wir aktive Wirtschaftsförderpolitik, dass wir nicht irgendwelche Arbeitsplätze fordern, sondern dass wir sie schaffen, liebe Genossinnen und Genossen.

Für eine aktive Wirtschaftspolitik brauchen wir aber auch die Infrastruktur – das ist unumgänglich. Viele Investitionsentscheidungen sind an Berlin vorbeigegangen, weil wir eben nicht einen internationalen Flughafen haben, der mit Drehkreuzfunktion arbeitet und viele Direktverbindungen hat nach Asien oder nach Amerika oder in andere Bereiche. Das war immer ein Standortnachteil. Deshalb ist es so wichtig, dieses riesige Infrastrukturprojekt BBI, Willy-Brandt-Flughafen, umzusetzen. Wir sind stolz, dass dieser Flughafen den Namen von unserem Regierenden Bürgermeister und dem Friedensnobelpreisträger Willy Brandt tragen wird.

Ich habe als Regierender Bürgermeister und als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafen-gesellschaft in 10 Jahren hart dafür gearbeitet, dass dieses riesige Projekt in öffentlicher Eigentümerschaft gestemmt werden kann. Ich dachte immer, das mache ich für drei Monate, weil er dann privatisiert werden sollte. Ich bin aber zufrieden damit, dass die Privatisierung gescheitert ist, weil wir ein ähnliches Debakel erlebt hätten, wie Hamburg zur schwarz-grünen Zeit mit seiner Elb-Philharmonie. Gott sei Dank hat es nicht diese Privatisierung gegeben. Gott sei Dank haben wir darum gekämpft, dass dieses Projekt nach vorne kommt. Und am 3. Juni 2012 wird es eröffnet.

Ich wundere mich, wie auch in den letzten Jahren viele nur ein Ziel haben, dass dies schief geht, wie es immer eine Häme und eine Freude gegeben hat, wenn irgendwas schief ge-

gangen ist, als ob bei so einem großen Bau nichts schief gehen könnte. Gemessen daran ist beim BBI relativ wenig schief gelaufen. Aber dass dann noch die Häme da war, dass sich einige noch gefreut haben, anstatt zu sagen, *nein, wir wollen dieses Projekt verwirklichen*. Man kann an dem wirtschaftspolitischen Verstand von anderen Parteien zweifeln. Diese Wackelei der Opposition ist unerträglich. Mal Ja, mal Nein, hin und her und keine klare Linie!

Man kann sagen, man will den Flughafen nicht. Man kann sagen, das soll ein Provinzflughafen sein. Das muss man sich mal vorstellen: Eine Partei, die sich als ökologische Partei geriert, sagt doch glattweg, *diesen Flughafen soll man nur innerdeutsch oder -europäisch nutzen. Da soll man am besten zwischen Berlin und Hamburg herfliegen, obwohl es heute noch gar nicht geht, nach Frankfurt oder nach Düsseldorf oder nach Köln*. Da sage ich mal: Ökologisch wäre es, wenn man da gar nicht mit dem Flieger unterwegs ist und nur die Langstrecken macht und nicht umgekehrt.

Liebe Genossinnen und Genossen, diesen Dilettanten darf man nicht die Führung in einer Stadt überlassen!

Ich werde jedenfalls alles tun, dass der Flughafen riesiger Erfolg ist. Erfolg heißt nicht, dass wir die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst nehmen und dass wir nicht alles tun, um Lärmschutzmaßnahmen durchzusetzen. 130 Mio. Euro werden sowieso vom Flughafen für Lärmschutzmaßnahmen investiert. Wir haben Umsiedelungen gefördert. Wir haben alles nach dem technisch neuesten Stand geplant. Und ich bin auch zufrieden, dass erreicht worden ist, auch und Dank des Protestes von vielen Bürgerinnen und Bürgern, dass Glaubwürdigkeit beim Thema Flugrouten zurückgekehrt ist, dass die Bürgerinnen und Bürger sich darauf verlassen können, was mal vorher gesagt worden ist. Das darf nicht leichtsinnig aufs Spiel gesetzt werden.

Trotzdem wird es Belästigungen geben. Das war die Grundentscheidung, als 1996 der Konsensbeschluss gekommen ist. Ich sage mal: Ironie des Schicksals. Die Berliner SPD war bis zuletzt, und zwar als Letzte für den Standort in Sperenberg, wo alle anderen schon längst weg waren. Das gehört zur Wahrheit. Und wenn sich heute CDU-Vertreter in Lichtenrade oder Zehlendorf hinstellen und schreien, *haltet den Dieb*, da sage ich: *Haltet den Diebgen und nicht den Dieb*.

Es ist heute schon schwer, überhaupt noch ein Infrastrukturprojekt umzusetzen. Es muss nicht immer gleich so ein großes Projekt sein. Wir wissen, heute scheint jede Brücke über Flüsse für viele im wahrsten Sinne des Wortes überflüssig zu sein – wenn man so ein Wortspiel mal betreiben darf. Bei Tunneln, bei U-Bahnen, bei Fahrradwegen, bei Straßen-

bahnen, ja bei der Gestaltung einer kleinen Wohnstraße: was geht heute eigentlich noch, ohne dass nicht irgendjemand dagegen ist? Ich finde, das ist das legitime Recht der Bürgerinnen und Bürger. Wir haben sie ermuntert, mitzumachen. Wir haben kein Monopol auf Meinung, nur weil wir gewählt sind. Es ist richtig, dass die Bürgerinnen und Bürger sich artikulieren, aber eins muss danach auch noch passieren: Nämlich dass jemand eine Gesamtabwägung zwischen den Partikular- und den Gemeinschaftsinteressen macht. Dafür ist selbstverständlich Politik verantwortlich. Da können wir uns keinen schlanken Fuß machen.

Eine klare Positionierung muss man nicht nur gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern haben, sondern auch gegenüber der eigenen Partei. Auch wenn es hier viele nicht hören können, muss man auch zum Flughafen hinkommen können, beispielsweise mit der A 100. Das gehört auch dazu.

Wirtschaft kann nur funktionieren, das hat Olaf Scholz ganz deutlich dargestellt, wenn es einen Ausgleich gibt und die Soziale Marktwirtschaft. Auf die die Bundesrepublik Deutschland, vor allem auch immer viele Konservative ja so viel Wert legen und auch Unternehmensverbände immer wieder betonen, richtigerweise gesetzt hat. Das darf aber nicht dazu führen, dass das wesentliche Wort *sozial* aus diesem Wortpaar verschwindet, sondern es gehört zusammen. Soziale Marktwirtschaft bedeutet, dass die Menschen in der Tat für gute Arbeit einen guten Lohn bekommen müssen. Und da, wo das mit Tarifvertragsparteien nicht funktioniert, muss es einen gesetzlichen Mindestlohn geben.

Ich sage das ganz kritisch und selbstkritisch auch an uns gerichtet. Wenn man das fordert, auch mit dem Vergabegesetz, muss man es auch einhalten – natürlich zuerst bei sich selbst.

Deshalb müssen Konstruktionen, die eine Auslagerung vorgesehen haben, bei Betrieben, die dem Land Berlin gehören, natürlich darauf überprüft werden, ob dieses Prinzip auch eingehalten wird. Das ist auch eine Aufgabe für Auseinandersetzungen, die zurzeit auch vor unserer Veranstaltungsstätte thematisiert werden. Ohne in diese Auseinandersetzungen eingreifen zu wollen und zu können, muss selbstverständlich dieser Maßstab auch für die Öffentliche Hand gelten. Das habe ich bei meinen Aufsehern in den Museen auch schmerzlich erlitten. Das kostet teilweise viel Geld. Aber wenn man A sagt, liebe Genossinnen und Genossen, dann tut's einem vielleicht leid, aber dann muss man auch B sagen. Das ist eine Frage von Glaubwürdigkeit.

Deshalb wird die Sozialdemokratie nicht nachlassen, den Mindestlohn zu fordern, weil Löhne unter 5,00 Euro – und das sind Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-

mern – oder Löhne unter 8,00 Euro – das sind auch noch mal Millionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Republik – auch zu etwas führen: Nicht nur, dass sie zu aktiven Zeiten zum Sozialamt oder zum Job-Center hinrennen müssen, um aufzustocken – da freuen sich im Übrigen die Unternehmen drüber –, sie führen vor allen Dingen auch dazu, dass sie im Rentenalter in die Altersarmut kommen. Das können wir uns nicht erlauben, liebe Genossinnen und Genossen. Es hängt alles miteinander zusammen.

Es bedeutet auch, dass wir diesen Lohn auch für die andere Seite brauchen, nämlich die Frage, wie – wenn jemand unverschuldet in Arbeitslosigkeit kommt – die so genannten Hartz-IV-Sätze bemessen werden. Wir diskutieren doch völlig schizophren. Wir diskutieren doch darüber, wie wir die niedrig halten können. Ja, es muss es ein Lohnabstandsgebot geben. Dazu steht die Sozialdemokratie. Jemand, der arbeiten geht, muss mehr haben als jemand, der die Subvention im Solidarsystem bekommt, aber das kann doch nicht immer nach unten diskutiert werden.

Wenn ich natürlich keine vernünftigen Löhne für Arbeit bezahle, kann ich natürlich auch keine vernünftigen Sozialhilfesätze bezahlen. Das muss sich verändern.

Elementar für die Wirtschaft und die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt wird auch sein: Wie schaffen wir es, Facharbeiterinnen und Facharbeiter zu haben, auch zur Verfügung zu stellen für den Markt? Da sage ich aber ganz deutlich: Das ist nicht nur eine staatliche Aufgabe. Für uns ist es selbstverständlich und eine Aufgabe, gut ausgebildete junge Leute aus den Schulen in die Arbeitswelt herauszuschicken. Das ist unsere Aufgabe. Aber wer das Duale System haben will, muss betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Das werden wir auch einfordern.

Im Berliner Handwerk gibt's eine Ausbildungsquote von 10 %. Und dann gehe ich in Berlin in große Unternehmen mit großen Konzernzentralen, die immer schöne Bilanzpressekonferenzen machen, um darzustellen, wie viele Milliarden sie Gewinn machen. Die sagen, sie können nur 3 oder 4 % ausbilden und setzen sich dann anschließend auf Verbandstagen hin und beklagen: *Deutschland hat einen Facharbeitermangel.* – Ja, warum denn, liebe Genossinnen und Genossen? Man kann ihn nicht nur bekritteln, sondern man muss was dagegen tun. Es ist insbesondere die Großindustrie, die hier mehr machen muss.

Wir müssen in Bildung investieren. Das ist der Schlüssel für Zukunftsfähigkeit. Natürlich ist es auch die einzige Ressource, die sich bei Gebrauch nicht verbraucht. Das ist ein schöner Spruch, finde ich. Alle anderen Ressourcen verbrauchen sich, aber Bildung und Investieren in Bildung verbraucht sich nicht, die zahlt sich immer wieder aus. Deshalb ist es

richtig, dass wir in den vergangenen Jahren hier einen absoluten Schwerpunkt gesetzt haben.

Ich weiß, dass die Menschen es teilweise nicht so empfinden. Man kann dort viel reingeben und jeder denkt, da ist viel genommen worden, weil die Erwartungshaltung auch riesig ist. Es ist vielleicht auch richtig, dass die Erwartungshaltung riesig ist. Wir wollen ja, dass die Eltern für ihre Kinder das Beste fordern und bekommen wollen und sich darum kümmern, dass sie nicht sich selbst überlassen bleiben. Ein klarer Satz muss dabei sein: Wir können nicht alles von heute auf morgen leisten, aber wir haben unendlich viel investiert. Bildung ist bei uns kostenfrei und wir haben es mit Rheinland-Pfalz zusammen umgesetzt. Andere werden es auch tun, wenn sie es können. Hamburg zögert noch ein bisschen, aber wir haben es gemacht. Das haben viele nicht verstanden, aber das haben wir im Wahlkampf 2006 versprochen – versprochen und gehalten, liebe Genossinnen und Genossen. Dazu stehen wir und es ist gut investiertes Geld auch deshalb, weil Menschen mit einem geringen Einkommen, die jeden Tag arbeiten gehen – nicht die Sozialhilfeempfänger, nicht die Hartz-IV-Empfänger – eine Entlastung bekommen haben. Das ist eine wirkliche Entlastung für Familien.

Wir wollen eine aktive Familienpolitik machen und dazu gehört es, neben der Infrastruktur, der Zurverfügungstellung von ausreichend Kindertagesstättenplätzen, ihnen auch eine finanzielle Entlastung zu geben. Es ist eine riesige Entlastung für viele Familien und es hat sich gezeigt: mehr Kinder gehen in die Kitas - darauf sind wir auch stolz.

Es geistern in letzter Zeit Zahlen rum. Wir haben hier geschrieben: 16.000 neue Kita-Plätze. Ich sage: Wenn es einen Mangel geben sollte – es ist jetzt noch nicht ganz klar, wo, es kann natürlich regional so sein, aber in Gänze nicht –, dann ist eins klar: Wir machen doch nicht einen Schwerpunkt in der Kita-Politik, wenn wir es zulassen würden, dass die Eltern keinen Kita-Platz bekommen. Natürlich werden wir dann Defizite ausgleichen, gegebenenfalls auch durch Neubauten. Dies muss selbstverständlich unser Regierungshandeln sein, liebe Genossinnen und Genossen. Daran lasse ich auch gar keinen Zweifel.

Ich freue mich auch, dass es dem wissenschaftspolitischen Bereich gelungen ist, den Bund so weit zu sensibilisieren, dass Frau Schavan tatsächlich – nicht erst, weil sie nachts aufgewacht ist und irgendeine Eingebung hatte, sondern weil sie in der Tat sehr stark bearbeitet worden ist – zu der Erkenntnis gekommen ist, dass ein Engagement des Bundes bei der Charité eine sinnvolle Angelegenheit wäre. Und ich würde mir wünschen, wenn nicht Berliner Bundestagsabgeordnete als erstes schreien würden, dies ist Teufelszeug, liebe Genossinnen und Genossen. Ich freue mich darüber, wenn sich der Bund bei der Charité

engagiert. Wir wollen die Charité zur besten Uniklinik in Deutschland machen. Dazu brauchen wir die Hilfe des Bundes.

Neben Arbeit, neben Bildung gehört zur sozialen Gerechtigkeit für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten selbstverständlich das Thema Wohnen, eines der elementarsten Bedürfnisse der Menschheit. Wir hatten in Berlin eine wunderbare Situation – nicht für den Vermieter, aber für die Mieterinnen und Mieter –, dass wir einen großen Leerstand hatten und es im Prinzip möglich war, wenn auch mit Abstrichen, in Quartieren mit unterschiedlicher Angebotslage, eine relativ bezahlbare Wohnung in dieser Stadt zu finden, in allen Größenordnungen. – Das wird sich ändern, wenn der neue Mietpreisspiegel vorgelegt wird. Da bin ich relativ sicher.

Das ist selbstverständlich erst mal für Bürgerinnen und Bürger bedrohlich, denn nicht jeder kann sich eine Mieterhöhung leisten, aber wir werden es nicht flächendeckend verhindern können. Das gehört zur Wahrheit dazu. Wenn Mieten steigen, dann ist das selbstverständlich das Spiegelbild einer wirtschaftlichen Entwicklung dieser Stadt, einer Attraktivitätssteigerung dieser Stadt.

Jetzt müssen natürlich auch die Einkommen steigen. Dann können Bürgerinnen und Bürger auch eine höhere Miete bezahlen. Es muss zusammengebracht werden. Deshalb kämpfen wir wesentlich um eine bessere wirtschaftliche Situation. Deshalb wollen wir ordentliche Einkommen für ordentliche Arbeit.

Und wir bekennen uns zu dem Korrektiv von öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften. Ja, wir haben ein Eigentum an 270.000 Wohnungen, um eingreifen zu können, um ein Gegengewicht zur Mietpreistreiberi zu haben und um den Bürgerinnen und Bürgern eine gute Qualität zu bieten. Mit den Genossenschaften zusammen sind das weit über 500.000 Wohnungen, die hier Korrektiv sein können. Wir werden dieses Instrument aktiv nutzen und es ist richtig, dass wir angekündigt haben, dass wir diesen Bestand in den nächsten Jahren um 30.000 Wohnungen erweitern wollen. Man kann natürlich nicht inflationär alles nach oben schaukeln, aber ich sage: Ja, wir werden dort intervenieren, wo es notwendig ist, wo bestimmte Segmente vom Markt nicht angeboten werden.

Aber eins sage ich auch ganz deutlich: Solche sozialen Wohnungsbauprogramme, wie wir sie in den 60er, 70er Jahren noch bis in die 90er Jahre hatten, wird es in Berlin nicht mehr geben. Die haben den Mietern nichts genutzt, die haben nur den Investoren genutzt. Und das machen wir nicht mehr mit, liebe Genossinnen und Genossen. – Bezahlbare Mieten und kleinräumige Vorhaben mit sozialer Mischung, das ist unser Weg.

Wir haben gestern eine Pressekonferenz auch zu einem Thema gemacht, was nicht immer das sozialdemokratische ist, aber ein ganz wichtiges Thema für das Wohlbefinden der Menschen in dieser Stadt darstellt. Menschen, die sich hier entwickeln wollen, die gerne nach Berlin kommen, die haben auch einen Anspruch uns gegenüber, dass sie in dieser Stadt sicher leben können. Das gilt für U-Bahnhöfe, für S-Bahnhöfe, aber auch für den allgemeinen öffentlichen Raum.

Ein großes Lob an die Polizei und auch an die BVG. Sie haben in den letzten Jahren reagiert. Sie haben vieles gemacht – auch gegen Widerstände. Ich darf nur an die Diskussion über Videoüberwachung erinnern.

Aber es gibt leider trotz rückläufiger Gesamtzahlen auch den Bereich, der immer brutaler wird. Und die Bilder, die dank dieser Videokameras jetzt auch jede Sekunde verfügbar sind, sind so brutal, dass jeder Bürger, wenn er ein bisschen Empfinden hat, über diese Gewalttätigkeit nur erschrecken kann. Es sind auch nicht nur Jugendliche aus schlechten Elternhäusern oder aus schlechten sozialen Milieus, wie wir erlebt haben, sondern es ist ein allgemeines Phänomen. Es wird immer brutaler. – Da muss reagiert werden! Deshalb haben wir 200 neue Stellen für die Polizei zur Verfügung gestellt. Und die BVG wird 200 Stellen dazupacken und mit verstärkter Videoüberwachung reagieren, damit mehr Sicherheit möglich ist. Ich finde, das ist die richtige Antwort. Wir werden eine 100-prozentige Sicherheit nicht garantieren können, aber es wird mehr Sicherheit geben. Dafür steht auch die Sozialdemokratie.

Ich bedanke mich bei allen, die dazu beigetragen haben, den aktiven Bürgerorganisationen in Kreuzberg, in Friedrichshain und an anderen Orten in unserer Stadt, dass der 1. Mai relativ friedlich war. Es ist ein Erfolg einer Deeskalationsstrategie unter sozialdemokratischer Führung. Ein großes Kompliment auch an die Polizei, dass sie Gewalt verhindert hat. Es ist immer noch zu viel Gewalt, aber viel Gewalt ist verhindert worden.

Berlin hat eine hohe Lebensqualität. Die Freizeitgestaltung gehört natürlich dazu. Und zur Freizeit gehört auch der Sport. Herzlichen Glückwunsch Hertha BSC zum Aufstieg in die 1. Bundesliga! Herzlichen Glückwunsch an Union, dass sie sich so gut behauptet haben – und dass sie das Lokal-Derby auch noch gewonnen haben. Und natürlich Glückwunsch an die Eisbären, die Deutscher Meister geworden sind. Und Toi, toi, toi für Alba, die Großes vorhaben, und für die Füchse, liebe Genossinnen und Genossen.

Das ist alles schön, aber wir Sozialdemokraten stehen natürlich für den Breitensport, aus dem die Spitze erst entstehen kann. Wir treten dafür ein, dass die Hallen den vielen Verei-

nen, den Hunderttausenden von Sporttreibenden weiterhin kostenlos zur Verfügung gestellt werden und dass sie Schritt für Schritt weiter saniert werden.

Kultur darf bei mir natürlich nicht fehlen, sonst kreidet man mir das gleich an. Es wird ja jeder wissen, dass ich für Kultur stehe – schon von Amtswegen, aber vor allen Dingen auch aus Neigung. Ja, Kultur ist einer der größten Pluspunkte dieser Stadt, ein harter Wirtschaftsfaktor. Das kann man ausrechnen. Es ist nicht nur schön, sondern manchmal auch nicht so schön, in bestimmte Aufführungen zu gehen, aber es ist vor allem für die Attraktivität dieser Stadt wichtig. Alle, die sagen, dieses ganze Zeug brauchen wir nicht, müssen sich mal vorstellen: Wenn Berlin seine Kultur und die damit verbundene Ausstrahlungskraft nicht hätte, würden sich viele Unternehmen hier nicht ansiedeln. Deshalb seid nicht so kleinlich beim Thema Kultur. Wir brauchen eine hervorragende Kultur, eine Hochkultur, aber vor allen Dingen auch eine Sozio-Kultur, eine Erziehungsarbeit in der Kita, in der Schule, eine kulturelle Bildung, die wichtig ist, und auch eine freie Szene in allen Bezirken.

Ein sensibles Thema – aber ich drücke mich davor nicht – ist das Thema Integration. Ich bin seit jetzt anderthalb Jahren im Auftrag der Bundes-SPD mit Kenan Kolat dabei, die Zukunftswerkstatt Integration zu machen. Wir haben von Anfang an gesagt: Dies ist nicht nur ein Thema für Migrantinnen und Migranten, sondern das ist ein Thema für alle Menschen in dieser Gesellschaft. Unter Integrationsschwierigkeiten leidet auch die Rentnerin, die sich in Altersarmut befindet, weil sie nicht teilhaben kann, und die alleinerziehende Mutter mit vier Kindern, die aus ihrer Wohnung nicht rauskommt und überfordert ist – und natürlich Migrantinnen und Migranten, die zu oft keine Chance in unserer Gesellschaft erhalten. – Es ist ein umfassender Begriff.

Aber wir wollen eine hervorragende Integrationspolitik machen, die Menschen nicht ausgrenzt, nur weil sie zurzeit Schwierigkeiten haben, sondern die ihnen Hilfestellungen gibt für Integration, die gelingen kann. Dafür steht die Sozialdemokratie.

Wir brauchen den Aufstiegswillen. Wir können es nicht hinnehmen, dass sich über mehrere Generationen eine Laissez-Faire-Haltung entwickelt hat, die sagt: *Es lohnt sich nicht mehr, arbeiten zu gehen.* – Ich kann verstehen, dass nicht jede Arbeit attraktiv ist. Das kann ich nachvollziehen, würde mir auch so gehen. Aber es ist das natürliche Bedürfnis eines jeden Menschen, das lasse ich mir nicht ausreden, dass er auch aus Selbstwertgefühlen weiß, dass er Teil einer Gesellschaft ist und dass er Teilhabe an dieser Gesellschaft auch über Arbeit erfährt. Und die Gesellschaft muss ihm die Arbeitsmöglichkeit zur Verfügung stellen. Dafür muss man gemeinsam solidarisch kämpfen, dass dieser Aufstiegs-wille wieder da ist und die richtigen Anreize gegeben werden.

Wir brauchen eine Willkommenskultur, müssen aber auch da sein, wo was schief läuft. Ja, da intervenieren wir, das machen wir auch. Und wenn wir sagen, Integration ist gelungen – und Gott sei dank ist sie millionenfach gelungen in unserer Republik, auch das lasse ich mir nicht ausreden, liebe Genossinnen und Genossen, dann gilt es auch, das zu zeigen. Nicht immer nur Defizite aufrufen, sondern auch Erfolge – das gilt auch für uns selbst.

Es gibt ja Leute, die lesen gerne Bücher. Ich empfehle eins, von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben: "Ich wäre gern einer von uns. Geschichten übers Ein- und Aufsteigen". Da wird exemplarisch gezeigt, was es bedeutet. Und ich finde es toll, dass Frau Dr. Nikutta gestern eine Pressekonferenz gegeben hat. Die hat gesagt: *Ja, ich bin doch ein Beispiel für einen Aufstieg.* Ja, Frau Nikutta ist Chefin eines der größten Unternehmen dieses Landes.

Und neulich, als der Berliner Theaterpreis verliehen worden ist, hat Dimitter Gotscheff darauf hingewiesen, dass er ein Migrant ist und im deutschsprachigen Theater den Theaterpreis bekommt. Und seine drei Schauspieler – einer aus Österreich, einer aus Bayern und einer aus Bulgarien – haben auch Migrationshintergrund, liebe Genossinnen und Genossen, und sie sind alle stolz darauf.

Ja, es gibt auch gescheiterte Integration: Zwangshochzeiten, Hassprediger und Parallelgesellschaften dürfen nicht geduldet werden. Ich sage: Das, was in einer aufgeklärten Türkei schon längst nicht mehr sanktionslos ist, darf selbstverständlich auch in Berlin nicht sanktionslos sein. Da muss interveniert werden und da wird auch interveniert.

Es gibt mehrere Weltreligionen, die intolerant sind und Homosexuelle immer noch benachteiligen. Ich möchte nicht, dass ein schwules oder lesbisches Paar von Leuten im Namen des Glaubens attackiert wird. Das sage ich ganz deutlich.

Liebe Genossinnen und Genossen, Demokratie ist nicht immer leicht zu leben – weder für Parlamentarier, noch für Regierungen, noch für das Volk. Und innerparteiliche Demokratie und Statuten und Kommissionen sind es auch nicht. In einer großen Volkspartei wird es nicht so sein, dass man jedes Mitglied gleich lieben kann oder will. Da wird es Bandbreiten geben, die oft groß sind, ich sage für mich, oft unerträglich groß sind. Aber dies ist Teil einer parlamentarischen Demokratie, auch ein Teil eines Parteienprivilegs. Deshalb sind wir nicht frei in unseren Entscheidungen.

Entscheidend muss aber für uns alle sein, vor allen Dingen auch für die Öffentlichkeit, dass nicht Einzelne die absolute Mehrheitsmeinung der SPD konterkarieren. Dies gehört zur Demokratie selbstverständlich genauso dazu. Die absolute Mehrheit hat eine Haltung zu dem Thema Integration und dies ist eine hervorragende, eine sozialdemokratische Haltung und die ist eindeutig: Integration ist millionenfach gelungen. Deutschland ist eine

weltoffene Gesellschaft und keiner darf ausgegrenzt werden, nur weil er eine andere Hautfarbe, eine andere Religion, Weltanschauung oder Lebensweise hat. Das ist die Haltung der Sozialdemokratie.

Diese Haltung heißt nicht, dass wir Probleme nicht ernst nehmen. Millionen arbeiten im Übrigen tagtäglich in dieser Republik daran, dass Integration gelingen kann. Andere arbeiten daran zu simplifizieren, zu diffamieren und auszugrenzen und verdienen Millionen damit.

Ich werde im Wahlkampf für ein Berlin kämpfen, dass offen und vielfältig ist. Ja, wir sind stolz auf die Berliner Willkommenskultur, auf die kulturelle Vielfalt und weltoffene Ausstrahlung dieser Stadt. Niemand, ich betone, *niemand* wird uns diesen Stolz kaputtmachen, liebe Genossinnen und Genossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, aber vor allem liebe Berlinerinnen und Berliner, am 16. Juni kann ich mein zehnjähriges Amtsjubiläum begehen. Was ist alles in diesen Jahren passiert? Wie schnell ist doch die Zeit vergangen. Ich war mal der jüngste Stadtrat in Berlin, das ist aber schon Jahrzehnte her. So ist nun mal das Schicksal. Wenn Peter Müller bald aufhört, bin ich der zweitdienstälteste Ministerpräsident in Deutschland.

Vieles konnte erreicht werden, aber vieles muss natürlich noch getan werden. Ich habe zu jeder Zeit meine volle Kraft eingesetzt, um diese Stadt zu gestalten, sie zu verändern und vor allen Dingen um sie zu verbessern für die Menschen in dieser Stadt, für die liebenswerten Menschen, die es verdient haben, dass es Berlin besser geht und damit den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt. Ich finde, dies ist gelungen. Wir haben eine Leistungsbilanz.

Wir werden auch für alles verantwortlich gemacht, was misslingt. Da meine ich, können wir auf das, was gelingt auch mal stolz sein. Aber ich sage auch ganz deutlich, es ist natürlich nicht nur die Arbeit der Politik oder der Sozialdemokratie. Das hätten wir nicht geschafft, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht aktiv mitgemacht hätten, wenn es nicht Leute gegeben hätte, die von außen gekommen sind, die hier investiert und gesagt haben, wir glauben an die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt, in einer Zeit, als andere ihr den Rücken gekehrt haben. Und wir hätten dies alles nicht geschafft, wenn es nicht die vielen Menschen gegeben hätte, die Hunderttausend, die in Vereinen und Initiativen arbeiten, damit unsere Gesellschaft menschlicher wird. Der Erfolg ist das Werk der Menschen in dieser Stadt, in Ost und in West – gerade in dieser schwierigen Situation.

Und all die Klugscheißer, die immer über den Länderfinanzausgleich philosophieren, hätten mal so eine Situation in einer bedrohten Stadt erleben sollen. Vor 50 Jahren ist die

Mauer gebaut worden. Die haben wir uns nicht ausgedacht. Die war Konfrontation für uns alle. Der Mauerfall war ein Glücksfall, aber auch eine riesige Herausforderung für uns alle. Und die letzten zwanzig Jahre waren nicht leicht, um Berlin auch infrastrukturell wieder nach vorne zu bringen – das sollten sich alle mal vor Augen führen.

Nach so langer Zeit fragt man sich natürlich auch, ob man überhaupt noch mal antreten sollte. Manche haben mich ja als amtsmüde bezeichnet. Da fragt man sich natürlich auch, wollen die dich eigentlich noch haben? Und werden sie nicht sagen, *oh, schon wieder dieser Wowereit! Hat die SPD keinen anderen?* – Ich glaube, die SPD hat viele anderen, aber nicht so einen Guten wie mich, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich kandidiere erneut für das Amt des Regierenden Bürgermeisters.

Ich habe euch in den letzten 10 Jahren vieles zugemutet – im Übrigen ihr mir manchmal auch. Es war nicht immer eine Win-Win-Situation, wie das heute so neudeutsch heißt. Aber wir haben uns irgendwie doch zusammengerauft. Und ihr habt's ja nachher in der Hand, das zu bestätigen oder auch nicht. Eins kann ich euch garantieren: Einfacher wird's mit mir in den nächsten fünf Jahren auch nicht. Ich nehme an, ihr garantiert mir Ähnliches von euch aus auch.

Aber bei allen Differenzen, bei allen Auseinandersetzungen, die wir auch hatten, sie waren immer geprägt durch das Suchen nach den besten Antworten und von einer Gemeinsamkeit und Solidarität. Das ist genau das Tragende. Wir müssen das gemeinsam schaffen. Es ist nicht eine One-Man-Show, die hier abläuft, sondern eine Veranstaltung von allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die mittun wollen. Ich brauche eure Unterstützung und nur gemeinsam können wir die Sozialdemokratie nach vorne bringen. Dies fordere ich von euch auch ein, nicht dass ihr denkt, mit der heutigen Veranstaltung ist eure Arbeit erledigt – nee, auf die Straße gehen, zu den Bürgerinnen und Bürgern gehen, jeden Tag darum kämpfen, dass unsere sozialdemokratische Politik überzeugend vertreten wird.

Ich bin der festen Überzeugung, dass man den aufreibenden Job des Regierenden Bürgermeisters nur machen kann, wenn man diese Stadt liebt und auch spürt, wie sie tickt. Deshalb hat mich neulich bei der Echo-Verleihung Anette Humpe so berührt, die dort sagte: "Ich möchte einer Stadt danken, einer Stadt, die ich in diesem Leben nicht mehr verlassen werde. Berlin, ich danke dir." – Ein besseres Kompliment konnte Anette Humpe stellvertretend für viele Menschen in dieser Stadt Berlin nicht machen. Es ist die Wahrheit. Und wir freuen uns, dass wir Menschen wie Anette Humpe in dieser Stadt haben.

Ja, die Bürgerinnen und Bürger haben die Wahl. Einige wollen diese Stadt zu einem Biotop machen. Bitteschön. Andere wollen, dass alles – auch das Schlechte – so bleibt, wie es ist, weil man sich ja so schön eingerichtet hat.

Nicht mit mir und nicht mit uns! Berlin hat sich immer gewandelt und muss sich auch in Zukunft wandeln, sonst werden wir keine Zukunftsfähigkeit haben. Dafür steht die Sozialdemokratie, dafür steht Berlin. Aber unverkennbar muss bleiben, warum wir stolz auf unsere Stadt sind, auf ihren Glanz und auf ihre Macken, auf ihre Schnodderigkeit und auf ihre Herzlichkeit, auf ihre coolen Kids und auf ihre furchtlosen Rentner, auf ihren Krach und ihre Symphoniker, auf die ehrenamtlichen Helfer und die Profis, auf die Polizei und auf die *friedlichen* Demonstranten, auf Hertha und Union, Stolz auf Berlin.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben noch vieles gemeinsam vor, Berlin, die SPD und ich. Lasst uns anpacken, damit Berlin immer weiter vorankommt, jeden Tag ein Stück gerechter, jeden Tag ein Stück erfolgreicher, jeden Tag ein Stück toleranter. Es lohnt sich, für dieses Berlin zu kämpfen. Ich bitte um eure Nominierung.

(anhaltender Beifall)

So, Genossinnen und Genossen, ihr könnt gleich weiterklatschen. Ich möchte das nämlich wirklich nicht alleine machen. Deshalb bitte ich die Bezirksbürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten und die Direktkandidaten mit auf die Bühne zu kommen, und zwar: Christian Hanke, unser jetziger und zukünftiger Bürgermeister für den Bezirk Mitte; Dr. Jan Stöß, Friedrichshain-Kreuzberg; Matthias Köhne, Pankow; Reinhard Naumann, Charlottenburg-Wilmersdorf; Helmut Kleebank, Spandau bei Berlin; Barbara Loth, Steglitz-Zehlendorf; Angelika Schöttler, Tempelhof-Schöneberg; Heinz Buschkowsky, Neukölln; Oliver Igel, Treptow-Köpenick; Stefan Komoß, Marzahn-Hellersdorf; Andreas Geisel, Lichtenberg. Andreas Höhne, Reinickendorf, ist heute nicht da. Dafür ist Sabine Burg da.

Herzlich willkommen, viel Erfolg euch allen. Wir brauchen starke Bezirke und wir brauchen starke Bezirksbürgermeisterinnen und -meister von der SPD, liebe Genossinnen und Genossen. – Und die Direktkandidatinnen und -kandidaten kommen bitte dazu. Ohne euch bleibe ich auch nicht Regierender Bürgermeister. Das ist doch ganz eindeutig.

Herausgeber

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Landesverband Berlin

Kurt-Schumacher-Haus

Müllerstraße 163

13353 Berlin

www.spd-berlin.de

